

Benjamin Conrad

Loyalitäten, Identitäten und Interessen

Mainz University Press



V&R Academic

Benjamin Conrad

Loyalitäten, Identitäten und Interessen

Deutsche Parlamentarier im Lettland und Polen
der Zwischenkriegszeit

Mit 18 Abbildungen

V&R unipress

Mainz University Press



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8471-0562-6

ISBN 978-3-8470-0562-9 (E-Book)

ISBN 978-3-7370-0562-3 (V&R eLibrary)

Weitere Ausgaben und Online-Angebote sind erhältlich unter: www.v-r.de

**Veröffentlichungen der Mainz University Press
erscheinen im Verlag V&R unipress GmbH.**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Koordinationsausschusses des FSP Historische Kulturwissenschaften der Universität Mainz.

© 2016, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen / www.v-r.de
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Printed in Germany.

Titelbild: Die Fotografie zeigt die Abgeordneten der Saeima 1925, dem letzten Jahr der I. Legislaturperiode. Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung des Kriegsmuseums Lettlands/Latvijas Kara muzejs, Riga (www.karamuzejs.lv).

Druck und Bindung: CPI buchbuecher.de GmbH, Zum Alten Berg 24, D-96158 Birkach

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

für Margarete

Inhalt

Vorwort	9
1 Einleitung	11
1.1 Fragestellung und Begriffsdefinitionen	11
1.2 Forschungsstand, methodische Überlegungen und Vorgehensweise	15
2 Lettland	25
2.1 Einführung	25
2.2 Wahlen und deutsches Parteiwesen 1919–1934	28
2.3 Die deutschen Abgeordneten in den Parlamenten Lettlands	41
2.3.1 Partizipation im Parlament	41
2.3.2 Vertretung im Parlamentsvorstand	56
2.3.3 Wahl des Staatspräsidenten	59
2.3.4 Regierungsbeteiligungen und Opposition	64
2.4 Politikfelder	76
2.4.1 Loyalitätsfrage	76
2.4.2 Schulwesen	81
2.4.3 Sprachenfrage und Kulturautonomie	84
2.4.4 Agrarfrage	88
2.4.5 Kirchliche Angelegenheiten	91
2.5 Zusammenfassung	95
3 Polen	99
3.1 Einführung	99
3.2 Wahlen und deutsches Parteiwesen 1918–1935	102
3.3 Die deutschen Abgeordneten in den Parlamenten Polens	114
3.3.1 Partizipation im Parlament	114
3.3.2 Vertretung im Parlamentsvorstand	126
3.3.3 Wahl des Staatsoberhaupts	128

3.3.4 Haltung gegenüber der Regierung, Staatshaushalt	131
3.4 Politikfelder	138
3.4.1 Loyalitätsfrage	138
3.4.2 Schulwesen	141
3.4.3 Sprachenfrage und Kulturautonomie	148
3.4.4 Agrarfrage	151
3.4.5 Kirchliche Angelegenheiten	154
3.5 Zusammenfassung	157
4. Schluss	165
Anhang	171
I. Statistischer Anhang	171
II. Abkürzungsverzeichnis	182
III. Abbildungen	183
IV. Quellen- und Literaturverzeichnis	199
Ortsregister	213
Personenregister	215

Vorwort

Dank einer § 96-Maßnahme des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) konnte das Projekt »Loyalitäten, Identitäten und Interessen« 2011–2013 am Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz realisiert werden. Zusammen mit dem Sammelband »Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit«, erschienen 2015 im Droste Verlag Düsseldorf in der Reihe »Parlamente in Europa« der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, stellt die vorliegende Monografie das wesentliche Ergebnis des Projekts dar.

Zum Gelingen des Projektes hat zuallererst Prof. Dr. Hans-Christian Maner, Mainz, beigetragen. Von der Antragstellung bis zum Manuskriptabschluss hat er sich unermüdlich und weit über das normale Maß hinaus für meine Forschungen begeistert und eingesetzt. Ebenso war das Gelingen auch Prof. Dr. Jan Kusber, Mainz, ein ausgesprochen wichtiges Anliegen. Mit beiden gemeinsam konnte 2013 die mit dem Projekt verbundene Tagung zu einem Erfolg geführt werden. Die Ergebnisse dieser Tagung sind in dem oben genannten Sammelband nachzulesen.

Die wichtigste Stütze bei der Umsetzung des Projektes war Dr. Svetlana Bojovlenska, Mainz. Sie ist nicht nur eine der profundesten Kennerinnen der modernen Geschichte Lettlands in Deutschland, sondern auch stets bereit, ihr umfangreiches Wissen zu teilen. Vor Ort war das Interesse für meine Forschungen am stärksten am Historischen Institut der Universität Lettlands in Riga zu spüren, wo mich Prof. Dr. Ēriks Jēkabsons, Prof. Dr. Ilgvars Misāns und Dr. Jānis Ķeruss zu Gesprächen empfangen. Wichtige Hinweise gaben auch Prof. Dr. Leo Dribins, Prof. Dr. Inesis Feldmanis und Dr. Arturs Žvinklis, alle Riga. Ebenfalls unterstützten Dr. Peter Wörster, Dokumentesammlung des Herder-Instituts Marburg, und Detlef Henning, M.A., Nordost-Institut Lüneburg, das Vorhaben.

Dieses Buch wurde – wie fast alle meine Schriften – von Susan Eckardt sowie dazu von Raphaela Kasprzik Korrektur gelesen, wobei alle noch verbliebenen

Fehler meiner Unaufmerksamkeit geschuldet sind. Schlussendlich konnte dank eines Zuschusses der neuen »Mainz University Press« dieses Werk bei V&R unipress erscheinen. Allen Genannten gilt mein herzlicher Dank!

Benjamin Conrad
Mainz, im März 2016

1 Einleitung

1.1 Fragestellung und Begriffsdefinitionen

»Ich bin ein polnischer Bürger und stütze mich auf die Verfassung unseres Staates, ich sage deutlich: unseres Staates [...]« entgegnete der deutsche Parlamentarier Artur Kronig am 21. Juni 1924 auf Zwischenrufe polnischer Abgeordneter, die ihn für die deutsche Polenpolitik verantwortlich gemacht hatten und in ihm einen Repräsentanten des Deutschen Reiches sahen. Nachdem ein weiterer Zwischenrufer bemängelt hatte, dass seine Rede aber nicht die eines loyalen Bürgers gewesen wäre, erwiderte Kronig, der sich immerhin im November 1918 freiwillig zur polnischen Armee gemeldet hatte und bis zum Offizier befördert worden war: »Ich bin sehr wohl ein loyaler Bürger, sogar viel loyaler als Sie und andere, weil Sie sich nicht von den Prinzipien des Staates, sondern vom Prinzip des Nationalismus leiten lassen und damit den Staat zu Grunde richten werden.«¹

Die in diesem Zitat aufgeworfene Frage nach der Loyalität der deutschen Minderheit als imaginäres Kollektiv gehörte zu den oft erörterten Fragestellungen. Wurde die Loyalität der deutschen Minderheit der Zwischenkriegszeit vor allem von polnischen Historikern während der Volksrepublik abgestritten,² so bemühten sich umgekehrt deutsche Historiker, ebendiese Loyalität prinzipiell nachzuweisen.³ Weil die meisten Autoren selbst Zeitzeugen der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs gewesen waren, dürfte bei manchem Werk nicht nur das Erkenntnisinteresse im Vordergrund gestanden haben,

1 I. Sejm, 134. Sitzung (21.06.1924), S. 10. Wortlaut der Zitate im Original: *»Ja jestem obywatelem polskim i opieram się na Konstytucji naszego Państwa, mówię wyraźnie: n a s z e g o Państwa, [...]«* »Owszem jestem lojalnym obywatelem, nawet więcej lojalnym niż Pan i inni, bo Panowie kierują się nie zasadami państwowymi, lecz zasadą nacjonalizmu i tem zgubicie państwo.« Balling, Handbuch, S. 207.

2 So Ajnenkiel, *Historia*, S. 139. Zum Nationsbegriff Anderson, *Erfindung der Nation*, S. 14–17.

3 So Heike, *Deutschtum*, S. 88f. Ders., *Minderheit*, S. 423–438. Ebenso in englischer Sprache Horak, *Poland*, S. 107.

sondern auch die Rechtfertigung der Politik des eigenen Staates. Wer als polnischer Historiker die diskriminierenden Maßnahmen der polnischen Regierung als eher gerechtfertigt ansah, der benötigte a priori – vor allem aus der Schlussperspektive des Jahres 1939 – eine illoyale Minderheit. Wer als deutscher Historiker vor allem die minderheitenfeindliche Politik der polnischen Regierung für das schlechte Verhältnis verantwortlich machte, postulierte eine grundsätzlich dem polnischen Staat gegenüber aufgeschlossene deutsche Minderheit. Diese Forschungen blieben, wie jüngst Ingo Eser konstatierte, ohne konsensuales Ergebnis.⁴

Als Ausweg aus dieser unbefriedigenden Loyalitätsdebatte wird von der neueren Forschung das Fragen nach Chancen und Möglichkeiten, also nach integrativen und desintegrativen Faktoren, vorgeschlagen.⁵ Dieser Ansatz, dem auch diese Studie folgt, ist deshalb überzeugend, weil die Frage einer Identifikation mit dem Staat über einen Zeitraum von 20 Jahren in der Zwischenkriegszeit Wandlungen unterlag, die es zu herausarbeiten gilt. Des Weiteren schafft der Ansatz die Möglichkeit, in Teilen den kollektiven Zugriff auf Nationalitäten aufzubrechen, der jahrzehntelang die Forschung dominierte. Anstatt Kollektive wie »die Deutschen« in Lettland oder Polen zu verabsolutieren, muss die Perspektive auf Strömungen und Gruppierungen sowie auf einzelne, prägende Akteure gerichtet werden, ohne dabei den zeitgenössisch ausgesprochen wichtigen Loyalitätsbegriff als Ganzes außer Acht zu lassen.

An diesem Punkt möchte die nachfolgende Studie ansetzen. Sie versteht sich als Beitrag zur Erforschung der fragilen Zwischenkriegszeit. Dieser in der Forschung nach wie vor von erheblichen Kontroversen geprägte Zeitabschnitt⁶ weist nach wie vor eine ganze Reihe von Forschungslücken auf. Typisch ist auch eine gewisse Ignoranz der Regionen Ostmittel- und Südosteuropa in vergleichenden internationalen Forschungen, sei es zur Demokratie,⁷ zur Sozialgeschichte oder zum Nationalismus.⁸

Der Fokus des vorliegenden Werkes liegt auf den Loyalitäten, den Identitäten und den Politikfeldern der deutschen Parlamentarier im Polen und Lettland der Zwischenkriegszeit, kombiniert mit der Frage, inwiefern diese Felder einem Wandel unterworfen waren. Eine Vertretung der deutschen Minderheiten durch

4 Eser, Schulwesen, S. 15. Ähnlich bereits 1992 Kotowski, *Lojalizm*, S. 63.

5 Eser, Schulwesen, S. 16f. Seewann, *Mehrheits- und Minderheitsstrategien*, S. 23. Vgl. zu Polen und seinen Parlamentariern der Minderheiten auch Stach, *Minderheitenpolitik*, S. 407f.

6 Vgl. allein die 2015 im deutschsprachigen Raum erschienen ganz unterschiedlichen Rezensionen zum Synthetisierungsversuch von Tooze, *Sintflut*.

7 Vgl. als Beispiel den Sammelband Müller, Tooze, *Normalität*, in dem unter zwölf europäischen Fallbeispielen im zweiten Kapitel lediglich der Tschechoslowakei stellvertretend für die ostmitteleuropäischen Länder Platz eingeräumt wird.

8 So Iriye, Osterhammel, *Geschichte der Welt*, Bd. 5. Raphael, *Theorien*.

Abgeordnete bestand in Lettland 1918–1934 und in Polen im Sejm 1919–1935. Trotz der sehr unterschiedlichen Größe dieser beiden damals in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Staaten lässt die gleiche prozentuale Größe der jeweiligen deutschen Minderheit, die gleiche Situation der eher ungewollten Zugehörigkeit zum neuen Staat, eine ähnlich starke Abwanderung der deutschen Bevölkerung – die verbliebenen Deutschen waren nur ein Teil derjenigen, die 1914 im jeweiligen Gebiet gewohnt hatten – und die Tatsache, dass die Deutschen im jeweiligen Vorgängerstaat aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die herrschende Oberschicht bildeten oder mitbildeten, einen Vergleich sinnvoll erscheinen.

Einerseits waren die Jahre ab 1918 sowohl in Polen als auch in Lettland von einer für den ostmitteleuropäischen Raum noch nie gekannten Demokratisierung geprägt. Andererseits barg die auf den Ersten Weltkrieg folgende Pariser Ordnung Herausforderungen in sich, die in beiden Staaten nach eher kurzen Zeiträumen die demokratischen Systeme zusammenbrechen ließen. Dies geschah entweder allmählich, wie in Polen 1926–1930, oder auf einen Schlag, wie in Lettland 1934.⁹

Ziel dieses Buches ist die Untersuchung einer Gruppe, die sich durch ihre politische Leitungsfunktion auszeichnete. Die Mitglieder dieser Gruppe einte die Konfrontation mit einer neuen politischen Ordnung. Ihr gemeinsames politisches Ziel bestand darin, den Grundsatz – nach Paul Schiemann, dem Vorsitzenden der deutschen Fraktion in Lettland – »*cuius regio, eius natio*«¹⁰ zu verhindern, mit anderen Worten gegen die Durchsetzung des für Ostmitteleuropa atypischen, aber von vielen Nationalisten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts angestrebten homogenen Nationalstaates politisch vorzugehen.¹¹

Loyalität, so wird gerade in der jüngsten Forschung betont, bedeutete in der Zwischenkriegszeit nicht eine positive Grundhaltung gegenüber dem Staat, sondern lediglich die Unterordnung unter die herrschenden Verhältnisse und den Verzicht darauf, diese mit Gewalt zu ändern.¹² Mit Peter Haslinger wird dieser Loyalitätsbegriff der Einhaltung bestehender Gesetze und der Akzeptanz der staatlichen Souveränität auch in diesem Buch verwendet. Diese Loyalität darf nicht mit »Patriotismus«, also einer über das Einhalten von Gesetzen weit hinausreichenden positiv-aktivistischen Grundhaltung zum Staat, verwechselt werden – obwohl gerade Letzterer in der Erforschung erhebliche Probleme nach

9 Kaelble, Wege, S. 51–58. Wirsching, Verfassung, S. 375–378.

10 Zit. nach Garleff, Minderheitenvertreter, S. 121. Ähnlich Hiden, Verband, S. 298f.

11 Vgl. zur vermeintlichen, faktisch aber unzutreffenden Universalität des Nationalstaatsgedankens Gellner, Nationalismus, S. 20–31, 79–81. Vgl. grundsätzlich zur Problematik der Unfähigkeit von Parlamenten im 19. und 20. Jahrhundert nationale Konflikte zu lösen Prunk, Rangus, Ohnmacht.

12 Eser, »Loyalität«, S. 19–22. Ders., Schulwesen, S. 16. Luchterhandt, Legalität, S. 186.

sich zieht, da er auch nur vorgetäuscht werden konnte.¹³ Wichtige Forschungsfelder in diesem Bereich sind die Erforschung eines Wandels von Loyalitäten und die symbolische Zurschaustellung oder Nichtzurschaustellung derselben, auch unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen staatlichen Minderheitenpolitik.¹⁴ Gerade die Erforschung der symbolischen Manifestation von Geisteshaltungen hat in jüngster Zeit in der Forschung zurecht an Bedeutung gewonnen.¹⁵ Trotz gewisser Einschränkungen ist diese Loyalitätsdefinition in Kombination mit der Erforschung der Identitäten der Abgeordneten erfolgversprechend, da sie auf die zeitgenössisch benutzten Schemata rekurriert.¹⁶

Mit Jürgen Straub wird der schwierig zu konturierende, schemenhaft bleibende Begriff der Identität¹⁷ im Singular als »[...] jene Einheit und Nämlichkeit einer Person [aufgefasst], welche auf aktive, psychische Synthetisierungs- oder Integrationsleistungen zurückzuführen ist, durch die sich die betreffende Person der Kontinuität und Kohärenz ihrer Lebenspraxis zu vergewissern sucht.«¹⁸ Die Frage der Identität ist im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert eng mit dem Konzept der Nationalität verknüpft. Bei aller Fragwürdigkeit, Staatsbevölkerungen vorrangig nach diesem Kriterium zu unterteilen und den Betroffenen damit ein nicht notwendigerweise vorhandenes dementsprechendes Bewusstsein zu unterstellen,¹⁹ herrschte im Hinblick auf die Nationalität bei den deutschen Parlamentariern – anders als bei anderen Nationalitäten – eine klare Selbstzuschreibung: Sowohl die einzelnen Abgeordneten als auch ihre Fraktionen und Parteien traten stets mit dem Zusatz »deutsch« auf. In Lettland gab es dazu noch eine individuelle Note, da sich die Parlamentarier für die Erstellung des Registers einer Nationalität (*tautība*) zuordnen mussten. Dieser Forderung kamen alle deutschen Abgeordneten nach und gaben konsequent »Deutscher« (*vācietis*) an.²⁰

13 Eser, Schulwesen, S. 16. Haslinger, Loyalitäten, S. 47–49.

14 Luchterhandt, Legalität, S. 192f. Schulze Wessel, Loyalität, S. 2f, 9, 11.

15 Vgl. dazu, auch mit dem Hinweis auf Forschungsdesiderate im osteuropäischen Raum Schulz, Wirsching, Parlament, S. 13f, 16–20. Haas, Wende, S. 39–42.

16 Vgl. die Loyalitätsdiskussion bei Wachtsmuth, Gesicht, S. 364f.

17 Vgl. zur Definitionsproblematik Hösler, Identität, S. 186–189. Straub (Hg.), Erzählungen. Assmann, Friese (Hg.), Identitäten.

18 Straub, Identität, S. 75.

19 Vgl. zu dieser Problematik Brubaker, Ethnizität, S. 16–19. Hösler, Identität, S. 201–210.

20 Vgl. Latvijas Tautas Padomes stenogramu satura rādītājs. Latvijas Satversmes Sapulces stenogramu satura rādītājs. I.–IV. Saeima. Die gesamte Arbeit orientiert sich an diesen Angaben, auch bei den anderen Nationalitäten. Dies hat zur Konsequenz, dass der orthodoxe Erzbischof Lettlands, Jānis Pommers, als Lette geführt wird. Pommers gehörte in seiner Zeit meist Gruppen oder Fraktionen der russischen Abgeordneten an, vertrat die Interessen der orthodoxen Russen Lettlands und wurde allgemein auch als »russischer« Abgeordneter wahrgenommen. Da diese Arbeit allerdings vorrangig den Sprachgebrauch und die nationale Selbstzuschreibung als Maßstab nimmt, wird Pommers, anders als in den Werken Wachts-

Von Identitäten muss deshalb im Plural gesprochen werden, weil die Kategorie »deutsch« keinesfalls zur Beschreibung des hier behandelten Personenkollektivs ausreicht. Die gewählten Abgeordneten unterschieden sich, wie zu zeigen sein wird: Für einige galt die Loyalität nahezu ausschließlich der deutschen Volksgruppe als dem genannten imaginären Kollektiv, weshalb Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Staat manchmal Worthülsen blieben und sich zudem Verweigerungshaltungen zeigten. Sehr wohl gab es unter den 47 gewählten Abgeordneten – allesamt Männer – aber auch hybride Loyalitäten zwischen eigener Volksgruppe und dem Staat, die sich vor allem bei oppositioneller Haltung zum aufkommenden Nationalsozialismus zeigen sollten.

Eine vollständige Untersuchung der Politik der Parlamentarier unter Berücksichtigung des nunmehr seit gut 20 Jahren in der Forschung geführten Identitätsdiskurses würde den Rahmen der hier vorliegenden Studie sprengen. Deshalb beschränkt sie sich auf den Teil der Identität, die sich in parlamentarischen Reden zeigte. Eine genauere prosopografische Erforschung unter Zuhilfenahme von Ego-Dokumenten und anderen Quellen aus den Nachlässen, Partei- und Vereinsarchiven sowie den Überlieferungen staatlicher Einrichtungen, die hier nur cursorisch erfolgen konnte, stellt ein Desiderat der Forschung dar.

Im Bereich der Identität der Parlamentarier als solcher stehen Fragen im Vordergrund, die das Selbstverständnis betrafen. Welchen Stellenwert genoss eine Parlamentswahl und mit welchen Strategien nahmen deutsche Parteien und Gruppierungen an Wahlen teil? Wie verhielten sie sich im Parlament gegenüber Wahlen in Ämter innerhalb der Legislative sowie der Exekutive? Welche vorrangigen Politikfelder lassen sich aufgrund ihrer Aktivitäten benennen?

1.2 Forschungsstand, methodische Überlegungen und Vorgehensweise

Grundlegend für die politische Geschichte der Deutschbalten in Lettland ist das 1951–1953 erschienene, dreibändige Werk »Von deutscher Arbeit in Lettland 1918–1934« von Wolfgang Wachtsmuth und darin besonders der dritte, abschließende Band.²¹ Wachtsmuth war von 1920–1934 vom ersten bis zum letzten Tag in der Verwaltung des deutschen Bildungswesens (V. d.Bw.) Lettlands tätig, seit 1929 als Leiter ebendieser V. d.Bw. Das Manuskript für sein Werk fertigte er

muths und Garleffs als Lette geführt, da er bei seiner Volkszugehörigkeit stets »Lette« (*latvietis*) angab und stets das Lettische – seine Muttersprache – gebrauchte.

21 Zit. als Wachtsmuth, Gesicht.

1936–1939²² noch in Lettland an. Die Drucklegung erfolgte jedoch trotz mehrmaliger Anläufe während des Krieges nicht mehr. Das 1951–1953 erschienene Werk stellt eine verkürzte Ausgabe dar. Die erhaltenen Manuskripte der ausführlichen Fassung verwahrt die Dokumentensammlung des Herder-Instituts in Marburg.²³ Entgegen Wachtsmuths Annahme, dass ein 1939 in Riga zurückgelassenes Manuskript »verloren« wäre,²⁴ ist auch dieses zumindest in seinem politikhistorischen Teil, inventarisiert im Historischen Staatsarchiv Lettlands unter dem aus der Sowjetzeit stammenden Titel »Abriss über die Tätigkeit des Komitees in der Zeit der Wahlen des bourgeoisien Lettland (dt.)«²⁵, der interessierten Öffentlichkeit zugänglich.

An Wachtsmuths quellenreichem Werk, das sich sowohl aus seiner regelmäßigen Partizipation an den politischen Entscheidungen – so war er 1920–1934 regelmäßig bei den Sitzungen des »Ausschusses der deutsch-baltischen Parteien« (A.P.) zugegen –²⁶ als auch aus seinem Quellenstudium der Jahre 1936–1939 speist, wird die Geschichtswissenschaft auch künftig nicht vorbeikommen. Aufgrund seiner eigenen Tätigkeit in der V.d.Bw. und seinem Amt als Vorstandsmitglied der »Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft« – worauf noch eingegangen wird – muss Wachtsmuths Werk jedoch in Teilen als Traditionsquelle eingeordnet werden. So begreift Wachtsmuth die Entstehung der Republik Lettland als Ergebnis der »baltischen deutschen Katastrophe«²⁷, gemeint ist die Niederlage der Landeswehr in der Schlacht von Wenden im Juni 1919. Zudem kommt sein Werk aufgrund seiner eher ablehnenden Haltung gegenüber der parlamentarischen Demokratie²⁸ und der Unterstellung eines insgeheim beständig verfolgten nationalistischen Programms durch die Letten, insbesondere bei Kārlis Ulmanis,²⁹ zu Urteilen, die überprüft werden müssen. Darüber hinaus kürzte er für die dreibändige Ausgabe der 1950er Jahre die Zeit 1933–1934 stark.³⁰ Das Werk Wachtsmuths ist demnach bei aller Leistung des Autors mit Zurückhaltung zu lesen, ebenso manche Publikationen anderer Autoren. So

22 Wachtsmuth, *Wege*, S. 252–254.

23 Herder-Institut, Depositum Wachtsmuth.

24 Wachtsmuth, *Erinnerungen*, S. 253.

25 *Obzor o dejatel'nost' komiteta v period vyborov burž. Latvii (nem.)* [fortan: Wachtsmuth, Manuskript], in: *Latvijas valsts vēstures arhīvs* [fortan: LVVA], f. 2626, a. 1, l. 44. Der in den 1980er Jahren von einem sowjetischen Archivar vergebene Titel deutet auf die Unkenntnis des 1951–1953 in Köln erschienenen Werkes von Wachtsmuth hin.

26 Sitzung des Ausschusses der deutsch-baltischen Parteien (12.03.1931), in: Herder-Institut, Depositum Wachtsmuth, Protokollnotizen Schoelers [fortan: DWPS], Sign. 3, 1931, S. 7. Wachtsmuth, *Wege*, S. 229.

27 Wachtsmuth, *Gesicht*, S. 85.

28 Vgl. Wachtsmuth, *Volksgemeinschaft*, S. 75. Vgl. ebenso Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes der Db. Volksgemeinschaft (07.05.1934), in: IKGN, Sammlung.

29 Vgl. Wachtsmuth, *Gesicht*, S. 68–71.

30 Kause, Schiemann, S. 38.

rechtfertigte Jürgen v. Hehn noch 1957 den Putsch des 15. Mai 1934 ganz im Sinne Ulmanis' als »Antwort des Bauernbundes auf die Unfähigkeit der politischen Parteien und der Saeima, die Staatskrise durch eine rechtzeitige Reform zu beenden.«³¹

Die notwendige wissenschaftliche Distanz hielt dagegen die 1976 erschienene Dissertation von Michael Garleff ein.³² Dieses Werk ist in vielerlei Hinsicht, v. a. in der Bearbeitung der schweren Auseinandersetzungen im Bereich des kirchlichen Lebens, als Standardwerk einzuordnen. Problematisch an Garleffs Werk, das immerhin den Untertitel »Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland« trägt, ist allerdings, dass Garleff die Stenogramme der lettischen Parlamente nicht zur Kenntnis nahm, teilweise aufgrund der damaligen politischen Situation und der schlechteren technischen Möglichkeiten auch nicht zur Kenntnis nehmen konnte. Garleff stützt sich daher auf Wachtmuth, die »Rigasche Rundschau« und nach Deutschland mitgenommene Nachlässe.

Zwar sind die »Rigasche Rundschau«, die wichtigste deutsche Zeitung Lettlands mit einer Auflage von 11.000 Exemplaren, sowie die »Libausche Zeitung«, das zweitgrößte deutschsprachige Presseerzeugnis mit 2.000 Exemplaren, von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit.³³ Aufgrund der Beschränkung bei der Quellenauswahl unterliefen Garleff jedoch Fehler, so bei der Nationalitätenzählung: Anstatt aus den Stenogrammen die Selbstzuschreibungen *baltkrievs*, *krievs*, *latvietis/latviete*, *lietavietis*, *vācietis* und *žids* (Weißrusse, Russe, Lette/Lettin, Litauer, Deutscher und Jude) zu übernehmen, legt Garleff nur dann eine nichtlettische Nationalität zugrunde, wenn in einem Partei- oder Fraktionsnamen explizit auf eine solche Nationalität Bezug genommen wird.³⁴ Abgeordnete wie der russische Kommunist Leonid Eršov oder der weißrussische Sozialdemokrat Vladimir Pigulevskij, für deren politische Richtung nur eine übernationale, lettlandweite Partei bestand, wurden so von Garleff unzutreffend als Letten eingestuft.

Wie in Lettland hatten auch für Polen zunächst Zeitzeugen einschlägige Werke verfasst, für die an dieser Stelle stellvertretend der Sozialdemokrat Otto Heike genannt sei.³⁵ Zu den ersten historiografischen Werken gehörten im Anschluss die Studien des 1968 aus der Volksrepublik Polen emigrierten Paweł

31 Hehn, Lettland, S. 39.

32 Zit. als Garleff, Politik. Genau den gleichen Themenzuschnitt bietet in polnischer Sprache Topij, Mniejszość. Einzelstudien jüngerer Datums lieferten u. a. Bernhard Böttcher, Raimonds Cerūzis, Detlef Henning, John Hiden und Helēna Šimkuva.

33 Topij, Mniejszość, S. 276f.

34 Vgl. dazu die entsprechende Tabelle bei Garleff, Politik, S. 164.

35 Zit. als Heike, Deutschum. Ders., Arbeiterbewegung. Ders., Minderheit.

Korzec aus den 1970er Jahren über die Minderheitenblöcke.³⁶ Weitere Forschungsarbeiten mit Bezug zum Thema leisteten Richard Blanke, Albert S. Kotowski, Beata Lakeberg und zuletzt Ingo Esers umfangreiche Studie über das deutsche Schulwesen in Polen.³⁷

Im 21. Jahrhundert sind gleich zwei Gesamtdarstellungen der Arbeit der deutschen Parlamentarier 1919–1935 in polnischer Sprache vorgelegt worden. Die erste erschien im Jahr 2000 aus der Feder Janusz Fałowskis mit dem Titel »*Parlamentarzyści mniejszości niemieckiej w Drugiej Rzeczypospolitej*« (Die Parlamentarier der deutschen Minderheit in der Zweiten Republik). Es handelt sich dabei um ein chronologisch verfasstes Werk mit einem ausgesprochen gelungenen tabellarischen Anhang. Das zweite Werk ist eine 2014 von Przemysław Hauser vorgelegte Studie mit dem Titel »*Przedstawiciele mniejszości niemieckiej w parlamencie II Rzeczypospolitej*« (Die Vertreter der deutschen Minderheit im Parlament der II. Republik). Dieses unterteilt nach Legislaturperioden und geht dann Einzelfragen nach. Hauser begründet die Notwendigkeit einer zweiten Monografie nach nur 14 Jahren damit, dass das Werk Fałowskis fast ausschließlich polnische Quellen zur Kenntnis genommen habe.³⁸

Das Werk Hausers ist zeitlich parallel zu dem hier vorliegenden Werk entstanden. Trotz eines kurzen Zusammentreffens der beiden Autoren am 26. Juni 2012 in der Adam-Mickiewicz-Universität zu Posen, der Heimatuniversität Hausers, sind beide Bücher in wechselseitiger Unkenntnis und damit voneinander unabhängig entstanden. Obwohl beide Autoren nicht derselben Generation angehören, zeigt sich, dass sich die früher so markanten Unterschiede in der Bewertung der Vergangenheit zwischen polnischen und deutschen Autoren nivelliert haben.

Gesamtdarstellungen zu osteuropäischem deutschen Minderheiten-Parlamentarismus gibt es nur in wenigen Bereichen: Von erheblicher Bedeutung für den statistisch-biografischen Zugang ist das 1991 erschienene zweibändige Handbuch der deutschen Parlamentarier von Mads Ole Balling, das nur geringe

36 Zit. als Korzec, Block 1922. Ders., Zweiter Block.

37 Manche Studien enthalten grobe Fehler. So behauptet Chu, *Minority*, S. 80, dass bei der Wahl zum Verfassungsgebenden Sejm 1919 acht deutsche Abgeordnete gewählt worden wären, wobei sechs aus Pommerellen erst nach der Übergabe der Abtretungsgebiete im Sejm hätten mitarbeiten dürfen. Dies suggeriert dem Leser, dass schon vor Abtritt Pommerellens, also zu einem Zeitpunkt, als das Gebiet noch zum Deutschen Reich gehört hat, die Wahl zum Verfassungsgebenden Sejm stattgefunden hätte. Zutreffend ist dagegen, dass am 26. Januar 1919 nur zwei deutsche Abgeordnete aus Zentralpolen gewählt worden waren, während diejenigen sechs aus Pommerellen erst in einer Nachwahl am 2. Mai 1920 bestimmt wurden, also Monate nach der im Januar und Februar 1920 erfolgten Übergabe des Gebiets an Polen.

38 Zit. als Fałowski, *Parlamentarzyści*. Hauser, *Przedstawiciele*, S. 10. Stach, *Minderheitenpolitik*, S. 406, betont zurecht, dass daneben vier andere neuere Studien über die jüdischen und ukrainischen Abgeordneten Forschungslücken in erheblichem Ausmaße geschlossen haben – wenn auch nur in polnischer Sprache.

Fehler aufweist und deshalb breite Rezeption in der Forschung gefunden hat.³⁹ Einen ersten Schritt, die statistisch-biografischen Zugänge Ballings vergleichend zu verwerten, stellt der in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Buch 2015 erschienene Tagungsband zu Möglichkeiten und Strategien deutscher Parlamentarier in der Zwischenkriegszeit dar.⁴⁰ 2010 war zudem ein von Dieter Nohlen und Philip Stöven herausgegebenes Sammelwerk mit dem Ziel der Auflistung aller Wahlen auf nationaler Ebene weltweit erschienen, das allerdings nur im Lettland-Teil – von gewissen Mängeln abgesehen – verwendbar ist.⁴¹ Der Abschnitt über Polen ist dagegen von einer Ignoranz des Parteiwesens der Minderheiten geprägt, so dass sich eine Zitation verbietet.⁴²

Als zentraler Quellenkorpus dieses Werkes werden die Stenogramme der beiden Parlamente herangezogen, da diese – wie auch nicht anders zu erwarten – für die Erforschung des deutschbaltischen Parlamentarismus in beiden Ländern von erheblichem Quellenwert sind. Damit schließt dieses Buch eine Forschungslücke, da die Stenogramme für Lettland bislang trotz ihrer Bedeutung lediglich von Wachtsmuth und für Polen nur von Korzec und Fałowski benutzt worden sind.

Bereits Wachtsmuth erkannte methodisch den Wert einer Wortmeldungszählung und fertigte eine solche – mit Fehlern – an, um sie aber schlussendlich in der gekürzten dreibändigen Ausgabe nur an einer eher unbedeutenden Stelle in sein Werk einfließen zu lassen.⁴³ Unkritisch wurde seine Statistik bei Garleff und Topij zitiert.⁴⁴ Das zentrale Problem an Wachtsmuths Zählung stellt die Tatsache dar, dass er jede freie Wortmeldung einfach, einen Redebeitrag als Gesetzesreferent – also als Abgeordneter, der vor dem Plenum im Auftrag eines Ausschusses ein Gesetzesprojekt einbrachte – dagegen nur je einmal pro Sachthema zählte. Diese Schlechterstellung der Gesetzesreferate erklärt er nicht. Sie wäre auch sachlich kaum zu begründen, da beide Formen der Wortmeldung sowohl nur aus einem Satz als auch aus einer längeren Rede bestehen konnten. Da bei Gesetzesreferaten die Benutzung des Lettischen Pflicht war, zeigt aber gerade dieser Teilaspekt des lettischen Parlamentarismus den Spracherwerb der Minderheitenabgeordneten und ist daher über die vorgetragenen Inhalte hinaus von erheblichem Quellenwert. Zudem machte Wachtsmuth unbegründete Ausnah-

39 Zit. als Balling, Handbuch.

40 Conrad, Maner, Kusber (Hg.), *Parlamentarier*. In diesem Sammelband wurden die deutschen Parlamentarier in Polen vollständig und die in Lettland weitgehend außen vor gelassen, da sie in dieser Monografie abgehandelt werden.

41 Zit. als Pabriks, Valtensbergs, Latvia.

42 Materska-Sosnowska, Poland.

43 Wachtsmuth, Gesicht, S. 245. Die vollständige Statistik findet sich in Wachtsmuths unveröffentlichtem, langem Manuskript, vgl. Just, Arbeit, Bd. I, S. 716–721.

44 Garleff, Politik, S. 196. Topij, Mniejszość, S. 118.

men: Das Gesetzesreferat Alslebens während der II. Saeima, bestehend aus zwei Wortmeldungen,⁴⁵ zählte er als zwei Reden.

Die hier vorliegende Studie liefert dagegen durch eine nahezu vollständige statistische Auswertung aller Stenogramme beider Länder zahlreiche neue Informationen. Zu den erhobenen Daten zählen die Wortmeldungen vor dem Parlament – in Lettland verbunden mit Art des Auftritts und der Wahl der Sprache –, die Partizipation in Ausschüssen und im Parlamentsvorstand, das Abstimmungsverhalten bei Präsidentenwahlen und bei Abstimmungen über Regierungen. Für Polen lässt sich zusätzlich noch die Teilnahme sowie das Verhalten bei namentlichen Abstimmungen erheben.⁴⁶

Ein – wenn auch geringfügiges – quellenkritisches Problem ist, dass die Qualität der Stenogramme beider Länder, vor allem in Lettland, in den ersten Monaten nach der Staatsgründung nicht das gleiche Niveau wie beispielsweise das der »Verhandlungen des Reichstags« erreicht. Die Abbildungen 1 und 12 vermitteln einen Eindruck, warum dies so war: Die beengten Verhältnisse aus den Anfangstagen des lettischen und polnischen Parlamentarismus erinnern daran, dass weder in Riga noch in Warschau ein von vornherein für Parlamentszwecke vorgesehenes Gebäude vorhanden war. In Lettland kam als praktisches Problem die Dreisprachigkeit hinzu, die anfangs dazu führte, dass auf Deutsch oder Russisch gehaltene Beiträge nur als kurze Zusammenfassung, nicht aber dem Wortlaut nach, in lettischer Sprache abgedruckt wurden.⁴⁷ Die Defizite wurden durch die Verwaltungen der Parlamente erkannt und beseitigt, wobei dieser Professionalisierungsschub in Polen nur wenige Monate benötigte. In Lettland erfolgte er dagegen schrittweise über die Jahre.

Das Stenogramm als Quelle kennt noch andere Grenzen: Selbstverständlich waren in beiden Parlamenten das Abstimmungsverhalten mit Ausnahmen geheim. Dennoch war es Brauch, dass Zeitungen – gerade in Lettland, wo durch die Person Paul Schiemanns eine enge Verbindung zwischen Parlament und Presse bestand – die Leserschaft in der Presse über das Verhalten sowohl der deutschen als vielfach auch der anderen Abgeordneten informiert hielten. Deshalb muss der Quellenkorpus Stenogramm wieder und wieder wechselseitig mit dem Quellenkorpus Presse abgeglichen werden.

Begrifflich werden in diesem Buch die aus der deutschen parlamentarischen Tradition stammenden Termini »Fraktion« für eine Parlamentsfraktion und »Gruppe« für einen parlamentarischen Zusammenschluss, der die Mindestzahl an Abgeordneten für eine Fraktionsbildung nicht erreichte, verwendet. Diese

45 II. Saeima, IV. Session, 16. Sitzung (30. 11. 1926), S. 762f, 765f.

46 Für Polen zählte jüngst auch Hauser, *Przedstawiciele*, S. 90, 215, 279f, 348, wenn auch nicht immer gründlich.

47 Vgl. Conrad, *Mehrsprachige Parlamente*, S. 118–121, bes. S. 121. Die dort genannten geringen methodischen Einschränkungen gelten ebenso für dieses Werk.

strenge Begriffswahl erleichtert dem Leser die Vergleichbarkeit und Lesbarkeit. Im zeitgenössischen Lettisch existierte zwar der Fraktionsbegriff, aber die parlamentarischen Zusammenschlüsse der Abgeordneten waren nicht verpflichtet, diesen zu übernehmen. So nannten sich die Fraktionen *apvienība* und *savienība* (Bund, Vereinigung), *bloks*, *frakcija*, *organizācija* oder *partija*. Ganz ähnlich in Polen, wo ebenfalls die Begriffe *frakcja*, *klub* oder *związek* (Bund) ohne jedweden Bezug zur Fraktionsgröße kursierten.

Ein weiteres begriffliches Problem ist die Verwendung des klassischen Links-rechts-Schemas, da Minderheitenparteien oft als außerhalb desselben stehend betrachtet wurden. Bezüglich der Sitzordnungen verursachte dies manchmal eine bemerkenswerte Mobilität: Während die deutsche Fraktion im ersten Sejm-Gebäude in Warschau 1922–1927 fast ganz links saß (Abb. 13), so fand sie im neuen Sejm-Gebäude 1928–1930 fast ganz rechts Platz (Abb. 17). Konträr zu der oben genannten Wahrnehmung durch die Mehrheitsnationalität war zeitgenössisch allerdings innerhalb der deutschen Minderheiten sehr wohl eine Selbstverortung innerhalb des Links-rechts-Schemas zu beobachten. So wurden beispielsweise diejenigen Deutschbalten, die der Republik Lettland ablehnend gegenüberstanden, in den Jahren der Staatsgründung »altbaltisch« oder »rechts« genannt, während diejenigen Deutschbalten, die sich auf die Grundlage der Republik stellten, als »jungbaltisch« oder »links« bezeichnet wurden.⁴⁸

Auf Grundlage der Forschungen Rogers Brubakers bezieht diese Studie im Sinne des von ihm postulierten *Triadic Nexus* auch die außenpolitische Konstellation teilweise mit ein. In diesem Nexus ist neben dem Staat und seiner Minderheit als dritte Kraft ein anderer Staat – sofern vorhanden – einzubeziehen, in dem die Minderheit die Mehrheitsnationalität darstellt. Im Falle der deutschen Minderheiten in Lettland und Polen handelt es sich bei diesem staatlichen Akteur um das Deutsche Reich, das trotz seines erheblichen Machtverlustes durch den Versailler Vertrag derjenige Staat war, der »seine« Minderheiten in beiden Ländern am stärksten unterstützte. Die Sowjetunion konnte und wollte dagegen nur sehr bedingt Einfluss auf die russischen, weißrussischen und ukrainischen Minderheiten in beiden Staaten nehmen. Beide Staaten, vor allem aber Polen, waren dabei nationalisierende Staaten im Sinne eines dynamischen Prozesses – bei allen Unterschieden der Entwicklung im Detail.⁴⁹

Diese Gesamtkonstellation bedeutete wiederum, dass die aus der zweiten Hälfte des 19. und den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts ererbten Konfliktfelder im Kontext der Nationsbildung vollumfänglich weiter bestanden, nun-

48 Garleff, Politik, S. 21–25. Wachtsmuth, Gesicht, S. 27. Vgl. auch Conrad, Loyalität, S. 36f.

49 Brubaker, Nationalism, S. 55–69. Hroch, Studies, S. 201f. Seewann, Mehrheits- und Minderheitsstrategien, S. 15f.